

Gordon Schnieder, MdL
Abgeordneter der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
46. Plenarsitzung, Mittwoch, 13. Dezember 2017

Aktuelle Debatte
Kommunale Finanzlage ist und bleibt desaströs –
SPD-geführte Landesregierung verweigert tragfähige
Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

13.12.2017

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz braucht dringend Perspektiven. Zu Recht verlangt unsere Verfassung gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land. Dies halbwegs zu gewährleisten ist eine große Herausforderung. Wir alle wissen: Jede Region hat ihren eigenen Charakter und ihre Probleme. Wir müssen Städte und Gemeinden stärken. Das ist von zentraler Bedeutung, auch für unsere Demokratie. Denn wenn die Kommunen kein Geld haben, spürt das der Bürger unmittelbar.

Die Ministerpräsidentin verkündete in der vergangenen Woche im Rahmen der Pressekonferenz zum Landesfinanzausgleich staatstragend, dass ihr gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und ein Hand in Hand mit den Kommunen besonders am Herzen liegen. Um diese Aussage richtig bewerten und in das richtige Licht setzen zu können, darf ich den Kommunalbericht 2017 des Rechnungshofes zu Hilfe nehmen: 53% der Kommunen haben ein strukturelles Defizit von über 524 Mio. EUR Die Liquiditätskredite steigen auf über 6,6 Mrd. EUR. Sie liegen damit in der Pro-Kopf-Verschuldung um das 2,6 fache höher als im Durchschnitt der Flächenländer.

Etwas plastischer ausgedrückt: Bei 2.439 Orts- und verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden, 24 Landkreise und 12 kreisfreie Städte, können 1.325 dieser kommunalen Gebietskörperschaften ihren Haushalt nicht ausgleichen. Und Sie, Frau Ministerpräsidentin, sprechen in diesem Zusammenhang von großen Anstrengungen zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation? In welcher Realität leben Sie denn, wenn Sie von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sprechen, und gleichzeitig mehr als die Hälfte unserer Kommunen ein Kassendefizit von 524 Mio. EUR erwirtschaften?

Dann folgt auf die salbungsvollen Worte noch das Eingeständnis, dass für 2018 aus dem bereits bestehenden Kommunalen Finanzausgleich rd. 66 Mio. umgeschichtet werden. Wohlgemeint: Kein frisches Geld – reine Umschichtung! Ist es das, was Sie unter Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verstehen?

Schaut man dann genauer auf Ihre Zahlen, erkennt man das Ungleichgewicht. Die kreisfreien Städte können sich bereits über einen überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Finanzkraft in Höhe von über 18 Mio. zusätzlich freuen. Millionen, die dem kreisangehörigen Raum verloren gehen! Sie stärken die kreisfreien Städte damit um insgesamt über 84 Mio. EUR gegenüber dem kreisangehörigen Raum. Ist es das, was Sie unter Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verstehen?

Die Kommunen verlieren sehr viel Geld durch die Hilfen für Asylbewerber, die nach einer Entscheidung des BAMF im Land bleiben und den ihnen zustehenden Rechtsweg beschreiten. Weil die pauschalen Erstattungsbeträge in diesen Fällen zu gering sind, addieren sich für das Jahr 2017 bereits 50 Mio. EUR zulasten der Landkreise und kreisfreien Städte. Diese Belastung setzt sich fort: Für 2018 sind Defizite von 75 Mio. EUR geplant. Defizite, für die das Land per Gesetz einstehen müsste, es aber nicht tut. Ist es das, was Sie unter Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verstehen?

Sie präsentieren in der Pressekonferenz einen Chart. Der soll zeigen, wie viel Geld das Land den Kommunen zur Verfügung steht. Die entscheidende Frage aber, ob das überhaupt ausreicht, lässt sich nur beantworten, wenn man die entsprechend steigende Ausgabenbelastung daneben legt. Das aber tun Sie nicht! Aus gutem Grund: Ihre ansteigenden Unterstützungsleistungen reichen nämlich bei Weitem nicht aus, die Anstiege der Ausgaben auszugleichen. Und so bleibt das vom Rechnungshof dargestellte Finanzierungsdefizit der über 1.325 Kommunen im Land. Ein Armutszeugnis für diese Landesregierung.

Und wenn man glaubt, es geht nicht schlimmer, kommt noch die vollmundige Ankündigung hinterher, den Kommunen durch einen Zinssicherungsschirm bei den Liquiditätskrediten unter die Arme zu greifen. Man will das aktuell niedrige Zinsniveau nutzen, um das Zinsrisiko durch einen Zinssicherungsschirm zu verringern. Bei einem aktuellen Kontoüberzug von rd. 7 Mrd. EUR bedeutet ein Zinssatz von 1% eine Zinslast von 70 Mio. EUR. Jeder Zinsanstieg kostet entsprechend Geld und wird die Kommunen in eine Situation bringen, in der sie diesen Belastungen nicht mehr standhalten können. Und in einer Zeit mit historisch tiefen Zinsen und der Möglichkeit, diese auch langfristig auf tiefem Niveau abzusichern, kommt von dieser Landesregierung die Mitteilung, dass man bereit sei, max. 16 Mio. EUR pro Jahr landesseitig zu finanzieren. Ist das alles?

Anrede, wieder müssen sich die Kommunen am eigenen Schopf aus der finanziellen Misere ziehen. 16 Mio. EUR zusätzlich werden dem Schuldenstand der Kommunen in keinsten Weise gerecht. Das ist der wirkliche Offenbarungseid dieser Landesregierung! Und es ist wohl auch das, was die Ministerpräsidentin unter der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse versteht!

Anrede, eine weitere Offenbarung ist die Aussage des Innenministers in der Pressemitteilung der Staatskanzlei. Dort führt er aus, dass der Gesetzentwurf den Vorgaben des Verfassungsgerichtes aus dem Jahr 2011 Rechnung trägt. Das beweist, was wir alle schon wussten: das LFAG 2014 war weiterhin verfassungswidrig. Das ist nicht nur ein Offenbarungseid, das ist die wirkliche Bankrotterklärung dieser Landesregierung!

Deshalb mein Vorschlag:

- nehmen Sie sämtliche Schulden inkl. aller Altschulden in den Blick,
- gründen Sie eine Bad-Bank,
- übernehmen Sie die Zinsleistungen.

Die Kommunen werden ihre Tilgungsleistungen erbringen. Das wäre eine gleichwertige Zinssi-
cherung und Entschuldungshilfe für eine Vielzahl von Kommunen in RLP. Damit wären die Kom-
munen endlich in der Lage, längerfristig ausgeglichene Haushalte planen und realisieren zu kön-
nen. Und das alles würde zu einer wirklichen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse führen.

Die Finanzsituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz braucht endlich die notwendige General-
ausprache, die wir mit den kommunalen Spitzenverbänden seit langem fordern. Lassen Sie uns
gemeinsam alle Schwachstellen auf den Tisch legen und gemeinsam schauen, wie wir die Kom-
munen im Land wieder finanzpolitisch auf einen guten Weg bringen können. Das würde Not tun,
nicht aber Ihre Flickschusterei, die kein wirkliches Ziel vor Augen hat, die die Zeit bis zum Platzen
der Blase nur hinauszögert, die Ursachen aber nicht wirksam bekämpft.